

Schweiz

Amtsschimmel. Der Bundesrat setzt auf Transparenz, um der Regulierung Herr zu werden. Bremsen will er aber keine einführen. **Seite 4**

International

Einsichtig. Der französische Präsident Macron verurteilt die gewaltsamen Ausschreitungen, will aber auf die «Gelbwesten» zugehen. **Seite 8**

Wirtschaft

Neues Kontrollsystem. Novartis will mithilfe von Digitaltechnik Medikamente schneller entwickeln und Kosten sparen. **Seite 11**

Kultur

Wie wir lesen. Gerhard Lauer, Literaturwissenschaftler an der Uni Basel, spricht über unsere Lust auf Geschichten. **Seite 14**

Basel

Spitalfusion. Das Ja-Komitee will mit einem gemeinsamen Unispital die Spitzenmedizin sichern. **Seite 23**

Wiederentdeckt. Biologe Daniel Küry stellt in seinem Buch die vergessenen Quellen der Region vor. **Seite 24**

Sport

Endspiel. Der FC Liverpool und sein Trainer Jürgen Klopp stehen heute vor einem wegweisenden Spiel. **Seite 35**

Rundgang. Die Challenge League wird kaum beachtet. Dabei bietet sie viele gute Geschichten. **Seite 36**

Reisen



Bei König Ludwig. Nahe Schloss Neuschwanstein gibt es ein Hotel, das den Namen des Bayernkönigs trägt. Es verspricht Genuss und Entspannung pur. **Seite 29**

Wetter

Sonnenflecken. Der Tag beginnt mit Restbewölkung, die sich aber zunehmend auflockert. Am Nachmittag klettert das Thermometer auf bis zu 5 Grad hoch. **Seite 28**



Nein zu Abgabe auf Flugtickets

Nationalrat diskutiert über neues CO₂-Gesetz

Bern. Der Nationalrat will keine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen. Das hat er gestern bei den Beratungen zum CO₂-Gesetz mit 93 zu 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen beschlossen. Er folgte damit der Mehrheit seiner Kommission und dem Bundesrat. Zur Diskussion standen Abgaben zwischen 12 und 30 Franken für Flüge in EU-Länder sowie zwischen 30 und 50 Franken für Flüge in andere Länder. Die Höhe sollte von der Flugdistanz und der Anzahl der beförderten Passagiere abhängen.

Beim Strassenverkehr zeigte der Rat sich damit einverstanden, dass die Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe einen zunehmenden Anteil der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr kompensieren müssen. Er will aber den Kostenzuschlag auf dem Benzin bei 8 Rappen pro Liter deckeln. SDA **Seite 5**

Grosse Rochade im Bundesrat

Guy Parmelin und Simonetta Sommaruga setzen sich bei der Departementsverteilung durch

Bern. Der neu formierte Bundesrat hat bei seinem ersten wichtigen Entscheid keine einvernehmliche Lösung gefunden. Bei der Verteilung der Departemente war am Ende eine Abstimmung nötig, um zu entscheiden, wer das ungeliebte Verteidigungsdepartement (VBS) übernehmen muss.

Getroffen hat es, wenig überraschend, das einzige Mitglied, das in der Landesregierung keinen Parteikollegen hat: die neue CVP-Bundesrätin Viola Amherd. Vor acht Jahren hatte die SP in einer ähnlichen Konstellation eine wütende Kampagne losgetreten. Die CVP blieb relativ ruhig und sprach von einer willkommenen Aufgabe.

Der grosse Gewinner der magistralen Rochade ist Guy Parmelin (SVP). Er darf das VBS nach nur drei Jahren wieder verlassen, ohne dass er sein grosses Projekt – den Kauf neuer Kampfflugzeuge – abgeschlossen hätte.

Zufriedene SVP

Parmelin wechselt ins Wirtschaftsdepartement, was in der FDP Ängste weckt, der frühere Landwirt könnte nun in Sachen Freihandel auf die Bremse stehen. Allerdings hätten die FDP-Bundesräte Parmelins Wechsel gemeinsam mit der SP verhindern können. Doch offenkundig wollten sie die SVP nicht vor den Kopf stossen.

Somit muss sich nun die neue FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter mit dem Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) begnügen, obwohl sie lieber das Wirtschaftsdossier übernommen hätte.

Zweite Siegerin des Tages ist SP-Magistratin Simonetta Sommaruga, die neu das einflussreiche Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation führen darf. Daraus lässt sich auch ableiten, dass die Bernerin nach acht Jahren im EJPD keineswegs amüde ist und noch manches Jahr anhängen will.

Die Departementsrochade ist von den Parteien mehrheitlich gut aufgenommen worden. Zufrieden zeigten

sich sowohl die SVP als auch die SP. Die «Weiterführung einer klar bürgerlichen Politik» im Wirtschaftsdepartement sei sichergestellt, teilte die SVP mit. Die SP betonte im Gegenzug, sie habe in den zentralen Dossiers Umwelt, Verkehr, Energie und Medienvielfalt eine grosse Kompetenz.

Die FDP begrüßte es ihrerseits, dass die Freisinnigen mit Keller-Sutter seit über 29 Jahren wieder einmal Verantwortung für das «Schnittstellen-departement EJPD» übernehmen können. Damit werde die FDP das «für viele Menschen in der Schweiz wichtige Thema Migration» prägen, teilte die Partei weiter mit. BaZ/SDA **Seite 3**

Samira Marti ist in Bern angekommen



Derzeit jüngste Nationalrätin vereidigt. Mit einem 28-köpfigen Begleittross – Freunde und Verwandte – ist die Baselbieter Jungpolitikerin Samira Marti gestern in Bundesbern eingezogen und hat gelobt, die Bundesverfassung zu beachten. Am liebsten hätte die Ziefnerin den Sitz in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben der zurückgetretenen Susanne Leutenegger Oberholzer übernommen. Aber die SP-Fraktion hat ihr einen Platz in der Staatspolitischen Kommission zugewiesen, wo Marti gestern die Arbeit aufnahm. Wah Foto Keystone **Seite 19**

Für die Familie geopfert

Beschuldigter im Mordprozess Café 56 machte Falschaussage

Basel. Unter grossen Sicherheitsvorkehrungen hat gestern der Prozess im Doppelmordfall «Café 56» am Strafgericht Basel-Stadt begonnen. Die Polizei sicherte das Gebäude mit einem Spezialaufgebot, als hätte es Hinweise gegeben, dass eine Vergeltung am beschuldigten 42-jährigen Albaner geplant war. Dieser soll gemäss Anklageschrift zusammen mit einem Haupttäter am 9. März 2017 mehrere Kugeln abgefeuert und dabei zwei albanische Männer getötet sowie einen weiteren schwer verletzt haben. Während der Befragung durch Strafrichterpräsident Roland Strauss erzählte der Beschuldigte wenig Konkretes – er beharrte auf der Darstellung, dass er die Tat nicht begangen, sondern sich nur für ein Familienmitglied geopfert und sich selbst angezeigt habe. hws **Seite 21**

Strittige Organspenden

Eine Diskussion darüber, was erlaubt sein sollte

Von Alex Reichmuth

Bern. Wann ist ein Mensch tot? Diese Frage stellt sich bei der Entnahme von Organen, um diese für Schwerkranken zu spenden. Bei einer Form des Spendens, bei derjenigen nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand, tritt der Kreislaufkollaps vor dem Hirntod ein. Weil die Organe bei stillstehendem Kreislauf nicht mehr durchblutet werden, sind die Transplantationsmediziner darauf angewiesen, schon kurz nach dem Hirntod mit der Organentnahme beginnen zu können. In der Schweiz gilt dafür eine Wartezeit von mindestens fünf Minuten, in der der Kreislauf völlig stillstehen muss.

«Es muss nachgewiesen sein, dass der Mensch dann herztot und hirntot ist», sagt Franz Immer, Direktor von Swisstransplant, im BaZ-Streitgespräch. Die Spender müssten daher nicht

befürchten, im Sterbeprozess gestört zu werden. Niklaus Herzog hingegen, früherer Geschäftsführer der Ethikkommission Zürich, stellt fest, «dass es unter Fachleuten umstritten ist, ob bei diesem Vorgehen zweifelsfrei festgestellt werden kann, dass ein Patient wirklich tot ist». Herzog verweist auf Deutschland, wo die Organentnahme nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand verboten ist.

In der Schweiz müsse mittels Ultraschall nachgewiesen werden, dass in der Wartezeit von fünf Minuten kein Blut mehr durchs Gehirn fliesse, entgegen Franz Immer – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern. Vor der Organentnahme würde der eingetretene Hirntod zudem von zwei Ärzten anhand klinischer Symptome nachgewiesen. Niklaus Herzog sieht bei diesem Vorgehen aber die Würde von Sterbenden beeinträchtigt. **Seite 2**

May verschiebt Abstimmung

EU lehnt Nachverhandlung von Brexit-Abkommen ab

London. Die Abstimmung über das Brexit-Abkommen im britischen Parlament, die heute Abend hätte stattfinden sollen, wird verschoben. Das hat Premierministerin Theresa May gestern verkündet. Grund für den Schritt sei der sich abzeichnende Widerstand im Parlament gegen das Abkommen, sagte May. «Als Resultat würde der Deal mit grossem Abstand abgelehnt werden, wenn wir morgen fortfahren und die Abstimmung abhalten würden.»

Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon bezeichnete die Entscheidung, die Abstimmung zu verschieben, als «erbärmliche Feigheit». Die konservative Regierungspartei stelle damit ihre eigenen Interessen über die des Landes, so Sturgeon weiter. Der Chef der oppositionellen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, forderte May auf, entweder beim Abkommen nachzuverhandeln oder eine Neuwahl auszurufen. «Wir haben keine funktionierende Regierung», so Corbyn.

Klare Worte aus Brüssel

May will nun als Nächste vor dem EU-Gipfel Ende der Woche mit ihren Amtskollegen aus der EU und der Spitze der EU-Kommission die «klaren Bedenken» des britischen Parlaments diskutieren. Aus Brüssel kam gestern jedoch bereits die klare Absage, dass es keine Nachverhandlungen des Abkommens geben wird. «Dieser Deal ist der beste Deal und der einzige mögliche Deal», bekräftigte eine Kommissionssprecherin in Brüssel. «Wir werden die Vereinbarung, die auf dem Tisch liegt, nicht nachverhandeln.» SDA **Seite 7**

Basler Firma im Visier der Justiz

Arca-Medica soll Arzt bestochen haben

Basel/St. Gallen. Zwei Schweizer Medizintechnikfirmen sind in Deutschland in einen Korruptionsfall verwickelt. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten dem Ex-Chefarzt der Klinik Leer Vorteile gewährt oder ihn gar bestochen. Betroffen ist ein deutscher Ableger der St. Galler Firma Icotec AG. Die Zahlungen wurden laut den Ermittlern verschleiert, indem der Betrag von knapp 18000 Euro in Tranchen von 1500 Euro ausbezahlt wurde – angeblich auch für Vorträge und Meetings in der Schweiz. Doch es stellte sich heraus, dass der Chirurg an den aufgeführten Terminen im Operationssaal stand. Die zweite Anklage geht gegen den Geschäftsführer der Basler Firma Arca-Medica. Er soll den Arzt am Umsatz eines Implantats beteiligt haben. Die Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe. BaZ **Seite 9**